

Amtsblatt

für den Landkreis Uelzen

47. Jahrgang

31. Juli 2018

Nr. 14

Inhalt

Bekanntmachung des Landkreises Uelzen

Verordnung über das Naturschutzgebiet „Bobenwald“ in der Gemeinde Klosterflecken Ebstorf, Samtgemeinde Bevensen-Ebstorf, Landkreis Uelzen.....87

Amtliche Bekanntmachung
Abfallwirtschaftskonzept für den Landkreis Uelzen
2018-2023 hier: Öffentliche Auslegung des Entwurfs.....91

Bekanntmachung der Städte, Samtgemeinden und Gemeinden

Beschluss über den Jahresabschluss 2012 der
Hansestadt Uelzen und Entlastung des Bürgermeisters durch den
Rat der Hansestadt Uelzen.....91

Bekanntmachung
Genehmigung der 39. Änderung des Flächennutzungsplans der
Samtgemeinde Rosche, OT Stoetze91

Öffentliche Bekanntmachung

Umweltverträglichkeitsprüfung.....92

Jahresabschluss 2016 des Nettoregiebetriebes Abwasser92

Bekanntmachung des Landkreises Uelzen

Verordnung über das Naturschutzgebiet „Bobenwald“ in der Gemeinde Klosterflecken Ebstorf, Samtgemeinde Bevensen-Ebstorf, Landkreis Uelzen

Aufgrund der §§ 20 Absatz 2 Nr. 1, 22 Absatz 1 und 2, 23 sowie 32 Absatz 2 und 3 des Gesetzes über Natur und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15.09.2017 (BGBl. I S. 3434) i. V. m. den §§ 14, 15, 16 Absatz 1, 23 und 32 Absatz 1 des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Bundesnaturschutzgesetz (NAGBNatSchG) vom 19.02.2010 (Nds. GVBl. S. 104) sowie § 9 Abs. 4 des Niedersächsischen Jagdgesetzes (NJagdG) vom 16.03.2001 (Nds. GVBl. S. 100), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 08.06.2016 (Nds. GVBl. S. 114) wird verordnet:

§ 1 Naturschutzgebiet

- (1) Das in den folgenden Absätzen näher bezeichnete Gebiet wird zum Naturschutzgebiet (NSG) „Bobenwald“ erklärt.
- (2) Beim NSG „Bobenwald“ handelt es sich um einen alten Waldstandort mit naturnahem Laubmischwald und teilweise hohem Anteil an Altholzbeständen auf basenarmen, bodensauren, gut nährstoffversorgten und nachhaltig frischen Sandlössstandorten. Das Gebiet weist eines der größten zusammenhängenden Hainsimsen-Buchenwälder der Lüneburger Heide auf. Neben den Flattergras-Buchenwäldern, die den überwiegenden Teil des Gebiets einnehmen, kommen auch Drahtschmielen-Buchenwälder und Eichen-Mischbestände vor. Im Gebiet verteilt finden sich noch Nadelholzbestände, in einzelnen Abteilungen dominieren Buchen-Jungbestände. Zudem kommen zwei naturnahe nährstoffreiche

- (3) Das NSG liegt in der naturräumlichen Haupteinheit „Lüneburger Heide und Wendland“ und in der naturräumlichen Unter-einheit „Uelzener Becken“. Es befindet sich in der Gemeinde Klosterflecken Ebstorf, Samtgemeinde Bevensen-Ebstorf zwischen den Ortschaften Ebstorf und Westerweyhe. Es grenzt im Norden und Osten an das Landschaftsschutzgebiet „Bobenwald-Sieken“ und befindet sich vollständig im Eigentum der Niedersächsischen Landesforsten.
- (4) Die Lage und Abgrenzung des NSG ist aus der maßgeblichen und mitveröffentlichten Karte im Maßstab 1:10.000 zu entnehmen (Anlage). Sie verläuft auf der Innenseite des dort dargestellten grauen Bandes. Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung. Sie kann von jedermann während der Dienststunden bei der Gemeinde Klosterflecken Ebstorf, der Samtgemeinde Bevensen-Ebstorf sowie beim Landkreis Uelzen – Untere Naturschutzbehörde – unentgeltlich eingesehen werden.
- (5) Das NSG ist identisch mit dem Fauna-Flora-Habitat-(FFH-) Gebiet 261 „Bobenwald“ (DE 2928-331) gemäß der Richtlinie 92/43/EWG (FFH-Richtlinie) des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen (ABl. EG Nr. L 206 S. 7).
- (6) Das NSG hat eine Größe von ca. 210 ha.

§ 2 Schutzzweck

- (1) Allgemeiner Schutzzweck für das NSG ist nach Maßgabe der §§ 23 Absatz 1 und 32 Absatz 3 BNatSchG i. V. m. § 16 NAGBNatSchG die Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung von Lebensstätten, Biotopen und Lebensgemeinschaften nachfolgend näher bestimmter wild lebender, schutzbedürftiger Tier- und Pflanzenarten, und der Schutz von Natur und Landschaft aus besonderen wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen oder landeskundlichen Gründen oder wegen ihrer Seltenheit, besonderen Eigenart, Vielfalt oder hervorragenden Schönheit.

Die Erklärung zum NSG bezweckt insbesondere die Erhaltung und Entwicklung

1. eines zusammenhängenden artenreichen naturnahen Buchen-, Eichen- und Buchenmischwaldes mit einem hohen Anteil an Altbuchen und -eichen auf historisch alten Waldstandorten und ehemals kultivierten Flächen (Wölbäckern),
 2. der auf der maßgeblichen Karte dargestellten Flächen mit natürlicher Waldentwicklung,
 3. der artenreichen und gut strukturierten Waldränder sowie der Waldlichtung mit ihren Randstrukturen und der Wegeseitenränder innerhalb des Waldes als Lebensraum für Pflanzen und Tiere,
 4. der natürlichen Standortbedingungen und der Leistungsfähigkeit und Regeneration der Schutzgüter Boden, Wasser und Klima,
 5. der spezifischen Habitatstrukturen wie der auf der maßgeblichen Karte dargestellten naturnahen Kleingewässer innerhalb des Waldes mit ihren Verlandungszonen als Lebensraum für Pflanzen und Tiere,
 6. eines naturnahen relativ ruhigen und ungestörten Waldgebietes als Lebensraum für wild lebende Tier- und Pflanzenarten und ihre Lebensgemeinschaften, insbesondere für Fledermäuse wie das Große Mausohr, das Große Langohr und die Fransenfledermaus sowie für Vögel und Totholzbewohner.
- (2) Das NSG ist Teil des kohärenten europäischen ökologischen Netzes „Natura 2000“; die Unterschutzstellung trägt dazu bei, den günstigen Erhaltungszustand des maßgeblichen Lebensraumtyps im FFH-Gebiet 261 „Bobenwald“ (DE 2928-331) insgesamt zu erhalten oder wiederherzustellen.
- (3) Erhaltungsziele des NSG sind die Erhaltung und Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes insbesondere des Lebensraumtyps (Anhang I der FFH-Richtlinie) Hainsimsen-Buchenwälder (Code 9110) anhand des folgenden Leitbildes:

Erhaltung und Entwicklung von naturnahen, strukturreichen möglichst großflächigen und unzerschnittenen Beständen auf größtenteils gut nährstoffversorgten, mäßig frischen Standorten mit natürlichem Relief, intakter Bodenstruktur und den lebensraumtypischen Baumarten. Die Bestände umfassen alle natürlichen und naturnahen Entwicklungsphasen in mosaikartiger Struktur und mit ausreichendem Flächenanteil. Die Baumschicht wird von Rotbuche dominiert, es können zeitweise und auf bestimmten Flächen weitere lebensraumtypische Baumarten wie Stiel- und Traubeneiche, Sandbirke oder Eberesche beigemischt sein. Die Krautschicht besteht aus lebensraumtypischen und charakteristischen Arten. Die Naturverjüngung ist grundsätzlich ohne Gatter möglich. Der Anteil an Altholz, Habitatbäumen und Totholz ist auf der Gesamtfläche kontinuierlich hoch, abhängig von der Waldentwicklungsphase kann er variieren. Charakteristische Tier- und Pflanzenarten kommen in stabilen Populationen vor (insbesondere Fledermäuse, höhlenbrütende Vogelarten, Großvögel und totholzbewohnende Insekten sowie Nachtfalter).

§ 3 Verbote

- (1) Gemäß § 23 Absatz 2 Satz 1 BNatSchG sind alle Handlungen verboten, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des NSG oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können.
- Insbesondere werden folgende Handlungen untersagt:
1. Hunde frei oder an einer Leine, die länger als 2,50 m ist, laufen zu lassen; dies gilt nicht für Diensthunde sowie für den Einsatz von Hunden im Rahmen der ordnungsgemäßen Jagdausübung,
 2. wild lebende Tiere zu beunruhigen oder zu fangen sowie wildwachsende Pflanzen oder Pflanzenteile zu entnehmen,
 3. die Ruhe der Natur ohne vernünftigen Grund durch Lärm oder auf andere Weise zu stören,
 4. die nicht dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wege und Flächen mit Kraftfahrzeugen zu befahren oder Kraftfahrzeuge dort abzustellen,

5. im NSG unbemannte Fluggeräte (z.B. Modellflugzeuge, Drachen, Multicopter oder Drohnen) zu betreiben,
 6. neue Geocaches anzulegen und bestehende Geocaches außerhalb der Wegeseitenräume oder in Bäumen über einer Höhe von 2,50 m aufzusuchen,
 7. zu zelten, zu lagern oder offenes Feuer zu entzünden,
 8. gentechnisch veränderte Organismen einzubringen,
 9. Pflanzen oder Tiere, insbesondere gebietsfremde oder invasive Arten, auszubringen oder anzusiedeln,
 10. Weihnachtsbaumkulturen, Kurzumtriebsplantagen oder Sonderkulturen anzulegen,
 11. das Boden- oder Landschaftsrelief, insbesondere die Wölbäcker, durch Abgrabungen, Aufschüttungen oder auf andere Weise zu verändern,
 12. den Wasserhaushalt so zu verändern, dass es zu einer nachteiligen Auswirkung auf den Schutzzweck kommt,
 13. bauliche Anlagen jeder Art zu errichten, auch wenn diese keiner Genehmigung oder Anzeige nach anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften bedürfen.
- (2) Das NSG darf gemäß § 16 Absatz 2 NAGBNatSchG in der Zeit vom 1. März. bis zum 31. August eines jeden Jahres außerhalb der Wege nicht betreten werden. Waldschneisen, Rückegassen, Trampelpfade und Wildwechsel gelten nicht als Wege. Der in der maßgeblichen Karte dargestellte Bereich zur natürlichen Waldentwicklung darf außerhalb der Wege ganzjährig nicht betreten werden.

§ 4 Freistellungen

- (1) Die im Absatz 2 aufgeführten Handlungen oder Nutzungen sind von den Verboten des § 3 freigestellt.
- (2) Allgemein freigestellt sind:
1. das Betreten und Befahren des NSG
 - a) durch Beschäftigte der Niedersächsischen Landesforsten, deren Beauftragte sowie Personen in deren Begleitung,
 - b) durch Beschäftigte von Behörden und deren Beauftragte zur Erfüllung ihrer dienstlichen Pflichten,
 - c) zur wissenschaftlichen Forschung und Lehre sowie Information und Bildung mit vorheriger Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde,
 2. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung sowie Untersuchung und Kontrolle des Gebietes im Auftrag oder auf Anordnung der zuständigen Naturschutzbehörde oder mit deren vorheriger Zustimmung,
 3. erforderliche Maßnahmen der Gefahrenabwehr oder Verkehrssicherungspflicht,
 4. das Sammeln von Pilzen für den privaten Gebrauch in der Zeit vom 1. September eines jeden Jahres bis zum 28./29. Februar des Folgejahres,
 5. die Beseitigung und das Management der auf der Unionsliste geführten invasiven gebietsfremden Arten mit vorheriger Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde,
 6. die Beseitigung und das Management anderer invasiver gebietsfremder Pflanzen der Arten Spätblühende Traubenkirsche (*Prunus serotina*), Riesen-Bärenklau (*Heracleum mantegazzianum*), Indisches Springkraut (*Impatiens glandulifera*), Japanischen Staudenknöterich (*Fallopia japonica*) durch die Niedersächsischen Landesforsten mit einer jährlichen Mitteilung an die zuständige Naturschutzbehörde,
 7. die Durchführung von organisierten Veranstaltungen durch die Niedersächsischen Landesforsten im Rahmen des gesetzlichen Bildungsauftrages nach § 15 Absatz 4 NWaldLG; andere organisierte Veranstaltungen abseits der Wege bedürfen der vorherigen Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde,
 8. die Instandsetzung von Wegen mit millieueangepasstem Material mit vorheriger Anzeige bei der zuständigen Naturschutzbehörde vier Wochen vor Beginn der Maßnahme; freigestellt bleibt die Wegeunterhaltung einschließlich des Einbaus von nicht mehr als 100 kg millieueangepasstem Material pro Quadratmeter; die Herstellung und Pflege des Lichtraumprofils hat durch fachgerechten Schnitt zu

- erfolgen; der vorhandene Betonfahrweg darf in der bisherigen Art unterhalten werden,
9. der Ausbau von Wegen nur mit Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde und ausschließlich mit millieuangepasstem Material,
 10. die Nutzung und Unterhaltung der bestehenden rechtmäßigen Anlagen, Einrichtungen und Leitungen; Instandsetzungsmaßnahmen sind nur mit vorheriger Anzeige bei der zuständigen Naturschutzbehörde vier Wochen vor Beginn der Maßnahme zulässig,
 11. die Nutzung und Unterhaltung bestehender Freizeiteinrichtungen einschließlich der bestehenden Beschilderung, insbesondere des Nordic Walking Wegenetzes, des Wander- und Radwegenetzes sowie der sonstigen touristischen Zwecke dienenden Wege wie dem Schöpfungsweg; die Errichtung und Anbringung weiterer Freizeiteinrichtungen, insbesondere von Wegen und Schildern, ist nur mit Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde zulässig,
 12. das Betreiben unbemannter Fluggeräte zur Forschung und Überwachung des Gebietes durch Behörden, insbesondere durch die Niedersächsischen Landesforsten, sowie deren Beauftragte mit vorheriger Anzeige bei der zuständigen Naturschutzbehörde vier Wochen vor Beginn der Maßnahme,
 13. die ordnungsgemäße imkereiliche Nutzung,
 14. die ordnungsgemäße Unterhaltung der Gewässer nach den Grundsätzen des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetzes – WHG) vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18.07.2017 (BGBl. I S.2771), des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG) vom 19.02.2010 (Nds. GVBl. S. 64), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 12.11.2015 (Nds. GVBl. S. 307) und des BNatSchG mit Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde.
- (3) Freigestellt ist die ordnungsgemäße Forstwirtschaft im Wald außerhalb der in der maßgeblichen Karte als „Wald mit natürlicher Entwicklung“ dargestellten Flächen im Sinne des § 5 Absatz 3 BNatSchG und des § 11 des Niedersächsischen Gesetzes über den Wald und die Landschaftsordnung (NWaldLG) vom 21.03.2002 (Nds. GVBl. S. 112), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 08.06.2016 (Nds. GVBl. S. 97) einschließlich der Errichtung und Unterhaltung von Zäunen und Gattern und der Nutzung und Unterhaltung von sonst erforderlichen Einrichtungen und Anlagen nach folgenden Vorgaben:
1. auf allen Waldflächen, soweit
 - a) der Holzeinschlag in Eichenwaldbeständen mit Kahlschlag nur bis 0,5 Hektar Größe erfolgt und bei Eichenverjüngung größer als 0,5 Hektar die Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde eingeholt wird,
 - b) beim Holzeinschlag und bei der Pflege anteilig je Hektar Waldfläche mindestens ein Stück stehendes oder liegendes starkes Totholz bis zum natürlichen Zerfall belassen wird,
 - c) beim Holzeinschlag und bei der Pflege alle erkennbaren Horst- und Höhlenbäume erhalten bleiben,
 - d) die Umwandlung von Laub- in Nadelwald unterbleibt,
 - e) die aktive Einbringung und Förderung der Baumarten Douglasie, Fichte und Roteiche über einen Anteil von 10 % außerhalb von Lebensraumtypenflächen sowie invasiver oder potentiell invasiver Baumarten vollständig unterbleibt,
 - f) eine Düngung unterbleibt,
 - g) eine Bodenschutzkalkung unterbleibt, wenn diese nicht mindestens vier Wochen vorher der zuständigen Naturschutzbehörde angezeigt worden ist,
 - h) ein flächiger Einsatz von Herbiziden und Fungiziden vollständig unterbleibt und von sonstigen Pflanzenschutzmitteln dann unterbleibt, wenn dieser nicht mindestens zehn Tage vorher der zuständigen Naturschutzbehörde angezeigt worden und eine erhebliche Beeinträchtigung i. S. des § 33 Absatz 1 Satz 1 und des § 34 Absatz 1 BNatSchG nachvollziehbar belegt ausgeschlossen ist,
 2. zusätzlich zu Nr. 1 auf den in der mitveröffentlichten Karte mit einer senkrechten Schraffur dargestellten Waldflächen mit dem maßgeblichen Lebensraumtyp gemäß Anhang I der FFH-Richtlinie „Hainsimsen-Buchenwald“ (Code 9110), soweit
 - a) ein Kahlschlag unterbleibt und die Holzentnahme nur einzelstammweise oder durch Femel- oder Lochhieb vollzogen wird,
 - b) eine Befahrung außerhalb von Wegen und Feinerschließungslinien unterbleibt; ausgenommen sind Maßnahmen zur Vorbereitung der Verjüngung,
 - c) auf befahrungsempfindlichen Standorten und in Altholzbeständen die Feinerschließungslinien einen Mindestabstand der Gassenmitten von mindestens 40 m zueinander haben,
 - d) in Altholzbeständen die Holzentnahme und die Pflege in der Zeit vom 1. März bis zum 31. August nur mit vorheriger Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde erfolgt; artenschutzrechtliche Regelungen bleiben unberührt,
 - e) eine Bodenbearbeitung unterbleibt, wenn diese nicht mindestens vier Wochen vorher der zuständigen Naturschutzbehörde angezeigt worden ist; ausgenommen ist eine zur Einleitung einer natürlichen Verjüngung erforderliche plätzweise oder streifenweise Bodenverwundung,
 - f) beim Holzeinschlag und bei der Pflege ein Altholzanteil von mindestens 20 % der Lebensraumtypfläche erhalten bleibt oder - falls nicht vorhanden - entwickelt wird, mindestens drei lebende Altholzbäume je Hektar dauerhaft als Habitatbäume markiert und bis zum natürlichen Zerfall belassen oder bei Fehlen von Altholzbäumen auf 5 % der Lebensraumtypfläche ab der dritten Durchforstung Teilflächen zur Entwicklung von Habitatbäumen dauerhaft markiert werden (Habitatbaumanwärter); artenschutzrechtliche Regelungen zum Schutz von Horst- und Höhlenbäumen bleiben unberührt, mindestens zwei Stück stehendes oder liegendes starkes Totholz je Hektar bis zum natürlichen Zerfall belassen werden; artenschutzrechtliche Regelungen zum Schutz von Horst- und Höhlenbäumen bleiben unberührt, der Flächenanteil lebensraumtypischer Baumarten an der Lebensraumtypfläche erhalten - oder wenn er unter 80% liegen sollte - mindestens bis zu diesem Wert entwickelt und erhalten wird,
 - g) bei der künstlichen Verjüngung auf mindestens 90% der Fläche lebensraum-typische Baumarten angepflanzt oder gesät werden.
 3. Auf den in der maßgeblichen Karte dargestellten Flächen mit natürlicher Waldentwicklung findet keine forstliche Bewirtschaftung statt. Diese Flächen unterliegen der natürlichen Entwicklung. Ausgenommen hiervon sind Erstinstandsetzungsmaßnahmen bis zum 31.12.2020. Die auf den Wald-Lebensraumtypflächen mit natürlicher Waldentwicklung gelegenen Altholz-, Habitat- und Totholz-bäume werden auf die jeweils geforderten Anteile an der Gesamt-Lebensraumtypenfläche gemäß Nr. 1 lit. b und c, Nr. 2 lit. f 1. bis 3. Spiegelstrich angerechnet.
 4. Keiner Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde bedürfen Maßnahmen gemäß § 4 Absatz 2 Nr. 8 bis 9, Absatz 3 Nr. 1 lit. g und h und Nr. 2 lit. e, wenn und solange der Zeitpunkt und die Dauer der Maßnahmen sowie die Art der Durchführung durch einen Bewirtschaftungsplan i. S. des § 32 Absatz 5 BNatSchG festgelegt sind, der von den Niedersächsischen Landesforsten mit Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde erstellt worden ist.
 5. Lebensraumtypische Baumarten im Sinne der Nr. 2 lit. f 4. Spiegelstrich und Nr. 2 lit. g sind beim Lebensraumtyp „Hainsimsen-Buchenwälder“ (Code 9110) als Hauptbaumart die Rot-Buche (*Fagus sylvatica*) und als Misch- und Nebenbaumarten die Stiel-Eiche (*Quercus robur*), die

Trauben-Eiche (*Quercus petraea*) sowie die Hainbuche (*Carpinus betulus*); in lichten Phasen können außerdem die Pionierbaumarten Birke (*Betula pendula*, auf feuchten Böden auch *Betula pubescens*), Zitter-Pappel (*Populus tremula*), Eberesche (*Sorbus aucuparia*), Sal-Weide (*Salix caprea*) und im Tiefland übergangsweise auch Wald-Kiefer (*Pinus sylvestris*) beteiligt sein.

- (4) Freigestellt ist die ordnungsgemäße Ausübung der Jagd nach folgenden Vorgaben:
Die Neuanlage von Wildäckern, Wildäsungsflächen und Hegebüschchen, von Ansitzeinrichtungen in nicht ortsüblicher landschaftsangepasster Art sowie von anderen jagdwirtschaftlichen Einrichtungen in nicht ortsüblicher landschaftsangepasster Art bedarf der vorherigen Anzeige bei der zuständigen Naturschutzbehörde vier Wochen vor Beginn der Maßnahme. Es ist nur der Einsatz von Lebendfallen und selektiv wirkenden Totschlagfallen zur Schonung von schutzwürdigen Arten einschließlich ihrer Jungtiere zulässig.
- (5) In den Absätzen 1 bis 4 genannten Fällen kann eine erforderliche Zustimmung oder ein erforderliches Einvernehmen von der Naturschutzbehörde erteilt werden, wenn und soweit keine Beeinträchtigungen oder nachhaltigen Störungen des NSG oder seiner für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteile zu befürchten sind. Die Erteilung der Zustimmung oder des Einvernehmens kann mit Regelungen zu Zeitpunkt, Ort und Ausführungsweise versehen werden.
- (6) Die weitergehenden Bestimmungen des § 30 BNatSchG und des § 24 NAGBNatSchG sowie die artenschutzrechtlichen Bestimmungen des § 44 BNatSchG bleiben unberührt.
- (7) Bestehende rechtmäßige behördliche Genehmigungen, Erlaubnisse oder sonstige Verwaltungsakte bleiben unberührt.

§ 5 Befreiungen

- (1) Von den Verboten dieser Verordnung kann die zuständige Naturschutzbehörde nach Maßgabe des § 67 BNatSchG i. V. m. § 41 NAGBNatSchG Befreiung gewähren.
- (2) Eine Befreiung zur Realisierung von Plänen oder Projekten kann gewährt werden, wenn sie sich im Rahmen der Prüfung nach § 34 Absatz 1 Satz 1 BNatSchG i. V. m. § 26 NAGBNatSchG als mit dem Schutzzweck dieser Verordnung vereinbar erweisen oder die Voraussetzungen des § 34 Absatz 3 bis 6 BNatSchG erfüllt sind.

§ 6 Anordnungsbefugnis

Gemäß § 2 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 NAGBNatSchG kann die zuständige Naturschutzbehörde die Wiederherstellung des bisherigen Zustands anordnen, wenn gegen die Verbote des § 3 oder die Zustimmungs- und Anzeigepflichten des § 4 dieser Verordnung verstoßen wurde und Natur oder Landschaft rechtswidrig zerstört, beschädigt oder verändert worden sind.

§ 7 Pflege-, Entwicklungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen

- (1) Auf den Flächen der Niedersächsischen Landesforsten erfolgen Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen auf Grundlage des gemäß § 32 Absatz 5 BNatSchG zwischen den Niedersächsischen Landesforsten und der zuständigen Naturschutzbehörde abgestimmten Bewirtschaftungsplanes. Dieser bedarf der Zustimmung der zuständigen Naturschutzbehörde, soweit darin Maßnahmen gemäß § 4 Abs. 3 Nr. 4 enthalten sind; im Übrigen ist der Bewirtschaftungsplan im Benehmen mit der zuständigen Naturschutzbehörde aufzustellen.
- (2) Darüber hinaus sind die folgenden durch die zuständige Naturschutzbehörde angeordneten oder angekündigten Maßnahmen zu dulden:
1. Maßnahmen zur Erhaltung, Pflege, Entwicklung und Wiederherstellung des NSG oder einzelner seiner Bestandteile,
 2. das Aufstellen von Schildern zur Kennzeichnung des NSG und seiner Wege sowie zur weiteren Information über das NSG.

- (3) Die §§ 15 und 39 NAGBNatSchG sowie § 65 BNatSchG bleiben unberührt.

§ 8 Umsetzung von Erhaltungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen

- (1) Die in den §§ 3 und 4 dieser Verordnung enthaltenen Regelungen dienen der Erhaltung eines günstigen Erhaltungszustandes des im NSG vorkommenden FFH-Lebensraumtyps.
- (2) Die in § 7 Absatz 1 und 2 dieser Verordnung beschriebenen Maßnahmen dienen darüber hinaus der Erhaltung oder Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes des im NSG vorkommenden FFH-Lebensraumtyps.
- (3) Als Instrumente zur Umsetzung der in § 7 dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen dienen insbesondere
1. Pflege- Entwicklungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen der Niedersächsischen Landesforsten,
 2. Pflege-, Entwicklungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen der zuständigen Naturschutzbehörde,
 3. freiwillige Vereinbarungen, insbesondere im Rahmen des Vertragsnaturschutzes,
 4. Einzelfallanordnungen nach § 15 Absatz 1 NAGBNatSchG.

§ 9 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne von § 23 Absatz 2 Satz 1 BNatSchG i. V. m. § 43 Absatz 3 Nr. 1 NAGBNatSchG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen die Verbote in § 3 dieser Verordnung verstößt, ohne dass die Voraussetzungen einer Freistellung nach § 4 Absatz 2 - 4 dieser Verordnung vorliegen oder eine Befreiung gewährt wurde, oder wenn durch die zuständige Naturschutzbehörde fristgerecht Einwendungen gegen eine anzeigepflichtige Maßnahme erhoben wurde. Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 43 Absatz 4 NAGBNatSchG mit einer Geldbuße bis zu 50.000 Euro geahndet werden.
- (2) Ordnungswidrig im Sinne von § 43 Absatz 3 Nr. 7 NAGBNatSchG handelt, wer entgegen § 23 Absatz 2 Satz 2 BNatSchG i. V. m. § 16 Absatz 2 NAGBNatSchG und § 3 Absatz 2 dieser Verordnung das NSG außerhalb der Wege betritt oder auf sonstige Weise aufsucht, ohne dass die Voraussetzungen für eine Freistellung nach § 4 vorliegen oder eine Befreiung gewährt wurde. Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 43 Absatz 4 NAGBNatSchG mit einer Geldbuße bis zu 25.000 Euro geahndet werden.

§ 10 Inkrafttreten

- (1) Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.
- (2) Die Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen des Bobenwald, Brennholz und Sieken in den Gemarkungen Ebstorf, Wessenstedt, Hohenbünstorf, Vinstedt, Barum, Tätendorf-Eppensen, Emmendorf, Kirchweyhe und Westerweyhe mit der Bezeichnung „Landschaftsschutzgebiet Bobenwald-Sieken“, Nr. UE 15, Landkreis Uelzen vom 20.9.1977 wird im räumlichen Geltungsbereich dieser Verordnung aufgehoben.

Uelzen, den 26.06.2018

Az. 66 V - 415.28.0

LANDKREIS UELZEN
ALS UNTERE NATURSCHUTZBEHÖRDE

Dr. Blume - Landrat

**Amtliche Bekanntmachung
Abfallwirtschaftskonzept für den
Landkreis Uelzen 2018-2023 hier:
Öffentliche Auslegung des Entwurfs**

Der Entwurf des Abfallwirtschaftskonzeptes für den Landkreis Uelzen 2018-2023 liegt beim Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Uelzen in der Wendlandstraße 8 in 29525 OldenstadUelzen, Zimmer 1.5, in der Zeit

vom 08.08.2018 bis einschließlich 22.08.2018

**während der Servicezeiten
Montag bis Freitag: 8.30 bis 12.00 Uhr
Donnerstag: 8.30 bis 15.30 Uhr**

gemäß § 21 Kreislaufwirtschaftsgesetz und § 5 Niedersächsisches Abfallgesetz zur Unterrichtung und Anhörung der Öffentlichkeit aus.

Bedenken und Anregungen können dort während der Auslegungsfrist in schriftlicher Form eingereicht werden.

Uelzen, den 31.07.2018

*LANDKREIS UELZEN
Der Landrat*

**Bekanntmachung der Städte, Samtgemeinden
und Gemeinden**

**Beschluss über den Jahresabschluss 2012 der
Hansestadt Uelzen und Entlastung des Bürgermeisters
durch den Rat der Hansestadt Uelzen**

Der Rat der Hansestadt Uelzen hat in seiner Sitzung am 25. Juni 2018 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Rat der Hansestadt Uelzen beschließt den Jahresabschluss 2012 nach § 129 NKomVG und erteilt dem Bürgermeister Entlastung. Die in der Anlage aufgeführten unerheblichen überplanmäßigen Aufwendungen und überplanmäßigen Auszahlungen werden gem. § 117 NKomVG zur Kenntnis genommen.

Die Jahresfehlbeträge des Braschen Lehens in Höhe von -48.685,62 €, des Eschemannsche Lehens in Höhe von -18.004,10 € sowie der Margarethe-Graff-Stiftung in Höhe von -869,66 € sind der jeweiligen Rücklage zu entnehmen.

Der Jahresüberschuss des ordentlichen Ergebnisses der Kernstadt in Höhe von 1.656.967,90 € sowie der Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 1.670.062,24 € sind entsprechend § 24 Abs. 2 Satz 2 GemHKVO zur Abdeckung vortragener Fehlbeträge zu verwenden.“

Der Jahresabschluss liegt zusammen mit dem Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes der Hansestadt Uelzen sowie der Stellungnahme des Bürgermeisters zum Prüfbericht vom Tage nach der Bekanntmachung an während der Zeit von sieben Arbeitstagen zur öffentlichen Einsicht im Bürgeramt des Rathauses der Hansestadt Uelzen während der Öffnungszeiten aus.

Uelzen, den 13. Juli 2018

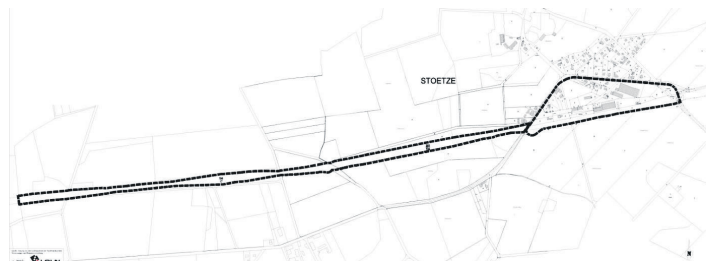
HANSESTADT UELZEN

*Jürgen Markwardt
Bürgermeister*

**Bekanntmachung
Genehmigung der 39. Änderung des Flächennutzungs-
plans der Samtgemeinde Rosche, OT Stoetze**

Der Landkreis Uelzen hat mit Verfügung Az: 63/44/02/39 vom 03.07.2018 die 39. Änderung des Flächennutzungsplanes genehmigt.

Die Lage des Plangebietes ist dem Kartenausschnitt zu entnehmen.



**Kartengrundlage: Amtliches Liegenschaftskatasterinformati-
onssystem, ALKIS®**

Jedermann kann die 39. Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Rosche einschließlich der Begründung mit Umweltbericht und Artenschutzfachbeitrag sowie der zusammenfassenden Erklärung im Rathaus der Samtgemeinde Rosche, Zimmer 1.12, Lüchower Straße 15, 29571 Rosche, während der Öffnungszeiten einsehen und über deren Inhalt Auskunft verlangen.

Zusätzlich wird die wirksame 39. Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Rosche, OT Stoetze mit der Begründung mit Umweltbericht und Artenschutzfachbeitrag und der zusammenfassenden Erklärung ins Internet eingestellt. Die Unterlagen können auf der Homepage der Samtgemeinde Rosche unter

**<https://www.samtgemeinde-rosche.de> -> Bürger -> Aktuelles
-> Wirksame bzw. rechtskräftige Bauleitpläne**

oder im zentralen Internetportal des Landes Niedersachsen unter

**<https://uvp.niedersachsen.de> (Suchbegriff: Rosche)
-> Bauleitpläne im Beteiligungsverfahren**

eingesehen werden.

Es wird gemäß § 215 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) darauf hingewiesen, dass Verletzungen der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften und der nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtlichen Mängel des Abwägungsvorgangs unbeachtlich sind, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Samtgemeinde Rosche geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Vorschriften oder den Mangel des Abwägungsvorgangs begründen soll, ist darzulegen.

Mit der Bekanntmachung im Amtsblatt des Landkreises Uelzen wird die 39. Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Rosche, OT Stoetze wirksam.

SAMTGEMEINDE ROSCHE

*Der Samtgemeindebürgermeister
H. Rätzmann*

Öffentliche Bekanntmachungen

Öffentliche Bekanntmachung

Die PNE Wind AG, Peter-Henlein-Straße 2, 27472 Cuxhaven, hat mit Antrag vom 28.02.2018 die Erteilung einer Änderungsgenehmigung gemäß § 16 Abs.1 in Verbindung mit § 19 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in der Fassung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2771) und der Ziffer 1.6.2 des Anhangs zur 4. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (4.BImSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2017 (BGBl. I S. 1440) beantragt.

Der Antrag umfaßt:

Anlage:	Wesentliche Änderung nach § 16 BImSchG der unter dem Az. I201060015 im Rahmen des Repowering genehmigten Anlage, bestehend aus 6 WEA des Typs Nordex N131 mit 99 m Nabenhöhe, 131,8 m Rotordurchmesser, Nennleistung 3.600 kW; hier: Änderung der Lage der WEA 01 um ca. 21m
Antragsteller./ Betreiber:	PNE AG, Peter-Henlein-Straße 2, 27472 Cuxhaven
Betriebsort:	Gerdau, Gr. Süstedt, Außenbereich
Gemarkung:	Groß Süstedt
Flur - Flurstück:	6-11 , 6-12
Gemarkung:	Stadorf
Flur - Flurstück	1-86/1

Bei der Anlage handelt es grundsätzlich nicht um ein Vorhaben nach der Anlage des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung der Neufassung v. 24.02.2010 (BGBl. I S. 94) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes v. 08. September 2017 (BGBl. I, S. 3370).

Für den Anlagenstandort wurde jedoch bereits im Jahr 2002 unter dem Aktenzeichen 501.5-40211/1.6-01/17 durch die damalige Bezirksregierung Lüneburg eine Genehmigung zur Errichtung von 13 WKA des Typs DeWind D6 erteilt, die nunmehr zurückgebaut und durch die unter dem Az. I20160015 genehmigten 6 neuen WKA ersetzt werden sollen (WP Schwienau I). Weiterhin wurde für den Anlagenstandort mit Datum vom 24.08.2007 unter dem Az. I20060011 eine Genehmigung zur Erweiterung des Windparks um 5 WKA des Typs Vestas V80 erteilt (WP Schwienau II). Diese WKA sollen weiter betrieben werden. Seinerzeit wurde nach Durchführung der Allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchgeführt.

Hat ein Vorhaben bereits früher eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchlaufen, richtet sich die UVP-Pflicht späterer Änderungen oder Ergänzungen nach § 9 Abs. 1 Nr. 2 UVPG. Danach besteht die Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung auch für die Änderung oder Erweiterung eines Vorhabens, für das als solches bereits eine UVP durchgeführt worden ist, wenn die allgemeine Vorprüfung ergibt, dass die Änderung zusätzliche erhebliche nachteilige oder andere erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervorrufen kann.

Die auf Grundlage der Antragsunterlagen und der darin enthaltenen Untersuchung über das Bestehen der Verpflichtung zur Durchführung einer UVP (Stand: 26.02.2018) durchgeführte allge-

meine Vorprüfung des Einzelfalles ergab unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der Fachbehörden, dass das geplante Vorhaben keiner Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) unterzogen werden muss, da aufgrund der Merkmale, des Standortes und der potenziellen Auswirkungen des Vorhabens mit zusätzlichen oder anderen erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt nicht zu rechnen ist. Hierbei ist insbesondere zu berücksichtigen, dass ein Repowering bzw. eine lediglich geringfügige Lageverschiebung durchgeführt wird.

Gemäß § 5 Abs. 2 UVPG wird diese Feststellung hiermit bekanntgemacht.

Diese Feststellung ist gemäß § 5 Abs. 3 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Uelzen, 14.06.2018

LANDKREIS UELZEN
Der Landrat

Öffentliche Bekanntmachung

Der Rat der Samtgemeinde Suderburg hat am 22.08.2017 aufgrund des Berichtes des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Uelzen folgenden Beschluss gefasst:

„Der Samtgemeinderat beschließt den Jahresabschluss 2016 des Nettoregiebetriebes Abwasser, erteilt dem Samtgemeindebürgermeister für das Haushaltsjahr 2016 gemäß § 129 NKomVG Entlastung und stimmt den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen dieses Haushaltsjahres zu.

Der Jahresabschluss 2016 liegt - ergänzt um die Stellungnahme des Samtgemeindebürgermeisters der Samtgemeinde Suderburg - vom Tage nach der Bekanntmachung an gerechnet während der Dienststunden an sieben Tagen im Rathaus der Samtgemeinde Suderburg, Kämmerei, Bahnhofstraße 54, 29556 Suderburg, zur Einsichtnahme aus.

SAMTGEMEINDE SUDERBURG
Thomas Schulz
Samtgemeindebürgermeister